

Nicht lebensnotwendige ambulante Operationen bald vor dem Aus?

Die Krankenkassen fordern, dass das Thema Hygiene auch bei ambulanten Operationen eine übergeordnete Rolle spielt. Sie schrauben die Anforderungen an die Räumlichkeiten und die Aufbereitung der Instrumente immer höher, und stellen die ambulant Tätigen vor erhebliche logistische und personelle Probleme – ohne die Kosten gegenzufinanzieren. Ihr Angebot deckt nicht einmal die realen Kosten einer einzelnen Fachgruppe wie z.B. die der Urologen. Dabei liegt es im Interesse der Menschen und der Krankenkassen, einerseits wegen der nicht vorhandenen Hospitalkeime, andererseits wegen der deutlich geringeren Kosten die Eingriffe von Fachärzten in den Ambulatorien durchführen zu lassen.

Frauenärztinnen und Frauenärzte warnen dringend vor den Folgen der Unterfinanzierung, denn in den Ambulatorien werden auch viele nicht lebensnotwendige – gleichwohl aber wichtige – Eingriffe an der Brust und im Unterleib erbracht. Man mag sich nicht vorstellen,

- dass eine Bauchspiegelung vor einer Kinderwunsch-Behandlung, wenn der Verdacht auf einen Eileiterverschluss oder eine Verwachsung besteht, nicht durchgeführt werden kann, weil die Finanzierung nicht einmal kostendeckend ist.
- dass FrauenärztInnen Mädchen und Frauen in Not keinen operativen Abbruch anbieten können: Diese müssten sich notgedrungen sehr früh gegen die Fortführung ihrer Schwangerschaft entscheiden, und den medikamentösen Abbruch, der nur bis zum Ende der neunten Schwangerschaftswoche erlaubt ist, wählen. Dabei ist es heute schon schwer ein flächendeckendes Netz von OperateurInnen aufrecht zu halten, da Ärztinnen und Ärzte sich aufgrund ihrer ethischen, moralischen oder religiösen Einstellung gegen Eingriffe solcher Art entscheiden können.
- dass FrauenärztInnen aufgrund der Unterfinanzierung künftig keine Spirale bei Frauen unter 22 Jahren auf Kassenkosten legen können, und vieles mehr.

Frauenärztinnen und Frauenärzte haben sich der Versorgung der Mädchen und Frauen nie verweigert und wollen sich auch nicht verweigern. Sie fordern daher gemeinsam mit den Facharztverbänden des Spitzenverbandes der Fachärzte e.V. (SpiFa) die Politik eindringlich auf, sich für die schnelle und nachhaltig kostendeckende Übernahme der realen Hygienekosten durch die Krankenkassen einzusetzen. Lange Wartezeiten und zunehmende Krankenhausaufenthalte und -kosten, die bekanntermaßen das Vielfache dessen betragen, was gleichartige und gleichwertige ambulante Operationen kosten, wären die Alternative.

Wohl gemerkt, die Forderung beinhaltet nicht Arzthonorar, sondern das Ende der Unterfinanzierung der Hygienekosten.

© BVF 2021